

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wichtigste Preise: Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Hg., die Reklamezeile 40 Hg. ... Erscheinung wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Hg.

Nummer 176 | Altensteig, Donnerstag den 31. Juli 1930 | 53. Jahrgang

Anschluß der Demokratie an die Staatspartei

Bei der Gründung der Deutschen Staatspartei stimmt der demokratische Parteivorstand fast einmütig zu

Gemeinnutz vor Eigennutz

Erwin Bollmer, Schriftleiter

Mit jedem Tag kommen wir dem entscheidungsvollen 14. September näher. Die Wichtigkeit dieses Tages ist derart bedeutungsvoll für unser Vaterland, daß wir keineswegs nur leicht hin über dessen Bedeutung mit nichts-lagenden Phrasen uns hinwegsetzen können und dürfen. Noch ruht die Entscheidung wohlverborgen in Händen der Zukunft. Mit besonderen Fragen aller Art verfolgen wir die täglichen politischen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten und betrachten die Struktur des politischen Wandens. Von der Gestaltung der Parteien wird gar vieles abhängen. Die Vielzahl der Parteien geht mit der Zeit auf krankes Füßen. Die Wähler haben in den letzten zwölf Jahren klar erkannt, daß die steigende Zahl der Parteien nicht zum Vorteil für die Wähler sich auswirken, sondern daß sie immer nur die Geschädigten waren. Das Volk verlangt mehr Einmütigkeit und Einigkeit auch im Parteiwesen — und mit vollem Recht. Ewiges Hädel und Streit innerhalb der Fraktionen verblüfft unnütz die beste Kraft und erlahmt unwillkürlich das Interesse am politischen Geschehen. Dieses

parteilichpolitische Morphium ist das aller schlimmste Gift der Gegenwart.

In dem nun kommenden Wahlkampf wird ein „unreifer“ Wähler überhaupt nicht zur Besinnung kommen. Die von allen Seiten angedrängte Werbetrommel wird sinnlos betäubend alles überbieten. In der Zeit „vor dem Sturm“ hat jeder Wähler Gelegenheit, seine politische Überzeugung grundtätig zu prüfen in der Erkenntnis, sich selbst gerecht zu sein. Was moralisch und faul ist, ist rücksichtslos abzuwerfen. Der Gedanke: „Wie kann ich meinem deutschen Vaterland am besten helfen, welche Partei garantiert mir, insofern sie zum Zuge kommt, daß sie eine vorteilhafte, grundlegende Umgestaltung zum Wohl der deutschen Allgemeinheit vornimmt“, soll dominierend sein — oder anders gesagt: Wir fragen uns lediglich: „Bist du ein Deutscher und bist du auch bereit, Opfer zu bringen für dein Volk nach den Grundgesetzen „Gemeinnutz vor Eigennutz“ und „Einer für alle und alle für einen?“ Es gab auch schon einmal eine ähnliche Zeit in der deutschen Geschichte, die von seinem damaligen Volke das selbe verlangte wie die heutige und über die gleiche Frage „Gemeinnutz vor Eigennutz“ entscheiden lassen mußte; — auch damals war der Karren so verfahren, daß das ganze Volk alle zu Gebote stehenden Kräfte und Mittel einsetzte, um eine bessere Zeit zu bekommen.

Nur der Einmütigkeit der Auffassung und Einigkeit der Kräfte

unserer Ahnen ist es heute noch zu danken, daß sie auf Grund der vollen Überzeugung des damaligen und heute zu Recht gültigen Zeitmottos: „Einer für alle und alle für einen!“ den Sieg zur Bessergestaltung unseres deutschen Vaterlandes errangen und herbeiführten. Auf ihrem bitter erkämpften Lohn konnten Kinder und Kindeskinde ausruhen. Zuletzt gewaltsam mußten sie damals die äußere und innere Ehre des Vaterlandes retten. Der außenpolitische, der innenpolitische und der moralisch-sittliche Tiefstand reichten sich nahezu die Hände und es war allerhöchste Zeit, den Gemeinnutz vor den Eigennutz zu stellen, um den deutschen Volkskörper vor dem Untergang zu bewahren.

Wirklich trostlos sieht die Gegenwart aus. Leider hat man noch den Eindruck, daß viele, viele Volksgenossen mit offenen Augen nicht leben und offenen Ohren nichts hören. Im Interesse der Volkserhaltung ist es dringend wünschenswert, daß solchen sehend Blinden noch in der Zeit die Schuppen von den Augen fallen. Wachen Augen, die keinen Ohren und mit einem Gefühl politischer Sicherheit sollten alle Wähler, die am 14. September 1930 zur Wahlurne schreiten, ausgerüstet sein. Ein jeder schule sich selber oder in der Gemeinschaft mit anderen, damit er vor seinem eigenen Gewissen den Befähigungsbeweis überzeugter politischer Meinung ablegen kann und sein Eigenes erfolgreich besteht.

Schauen wir mit offenen Augen der Gegenwart ins Gesicht, so finden wir nur wenig Freude. Das Heer der Arbeitslosen vermehrt sich täglich. Wieviel Not und Elend

ertragen und dulden nicht täglich die 2 770 000 Arbeitslose? Der Schmerz ist unaussprechlich — und das alles sind Menschen, die Arbeit wollen und täglich keine finden. Zur Fremde wirst du armes Vaterland immer mehr deinen Söhnen und Töchtern. Sie haben kein Brot, keine Arbeit und keine Heimat mehr. Der Begriff Heimat und Familie schwindet immer mehr aus ihrem Herzen. Zur Familien-gründung kommen sie selber nicht — obdachlos irren sie rast, mut- und hilflos auf den Straßen — immer fort — fort — Der täglich so verloren gehende Schatz ist nicht in Goldbarren zu begreifen. Durch die Arbeitslosigkeit löst der Staat zu seinem größten Nachteil die Aufgabe seines Baues und erkennt nicht die Gefahr des Zusammenbruchs. Das große Heer der Arbeitslosen ist größtenteils einem traurigen Schicksal überlassen. Klingt es nicht gerade wie ein Hohn in dieser mehr als allgemein traurigen Volkserniedrigung, noch von einer Zukunft in Schönheit und Würde zu quasseln? Nur zahlenmäßig

wenige Volksgenossen empfinden, daß es „eine Lust zu leben ist“. Mit vollem Recht fragt man sich: Sollen unsere Kinder diesem Schicksal entgegengehen? Jeder Familienvater wird im Einzelfalle mit einem entschiedenen „Nein“ antworten; seine sämtlichen Kräfte wird er, seinem Blut zuliebe, mobil machen, um ein lauderes reines Haus den Erben zu überlassen. Genau so müssen wir als Volk handeln, andernfalls werden unsere Nachkommen auf uns zeigen und sagen: Ihr seid schuld an unserem Elend, denn Ihr waret Feiglinge, habt Euch in Salsummersüssen gewiegt und hilflos zugegeben, als man uns unsere Heimat verfihrerte.

Ein jeder Vater, eine jede Mutter schaue ihren Kindern in die Augen, so wissen beide ganz von selbst, was die heiligste Elternpflicht ist. Ein Vater, eine Mutter opfert sich in einer echten, deutschen Familie für seine Kinder und umgekehrt, und so muß es auch im Volk sein: Einer für alle und alle für einen!

Die Demokratie hat entschieden

Berlin, 30. Juli. Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei hielt am Mittwoch im Reichstag in Anwesenheit von etwa 400 Mitgliedern eine Tagung ab, die über die Neugründung der Deutschen Staatspartei beraten sollte.

Der Parteiführer Koch-Weber referierte über den Hergang bei der Neugründung und führte aus, daß er und die anderen Parteimitglieder, die die Vorbereitungen getroffen hätten, sich bewußt gewesen seien, ein großes Wagnis zu unternehmen. Die Staatspartei wolle staatspolitisch handeln, aber keine Interessenvertretung darstellen. Die neue Partei habe einen starken Reformwillen auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet. Sie wird dazu beitragen, eine fortschrittliche evolutionäre Republik zu schaffen. Der Apparat der demokratischen Partei solle auf die neue Partei übertragen werden. Die Volkswirtschaftlichen großen Wert darauf, daß viele junge Männer in den Reichstag einziehen, ferner sei erwünscht, daß mindestens an zweiter Stelle auf jeder Kandidatenliste eine Frau stehe. Ein besonderer Erfolg sei es, daß Männer der Wirtschaft und Mitglieder der kirchlichen Kreise und der christlichen Gewerkschaften mit dem festen, klaren Bekenntnis zur heutigen Privatwirtschaftsordnung zusammengebracht worden sei. Ein starker Wille, die notwendigen Reformen, insbesondere die Wahlreform und die Reichsreform, zu vollziehen, erfülle die neue Organisation. Er selbst werde es als eine der ersten Aufgaben der neuen Partei ansehen, zu gegebener Zeit Volksbegehren für eine Wahlreform und für die Reichsreform ins Leben zu rufen.

In der Aussprache wurde bedauert, daß nicht versucht worden sei, unter Hinzuziehung von Mitgliedern des linken Flügels der Deutschen Volkspartei eine neue Parteiorganisation zu bilden. Man sei nun aber vor vollendete Tatsachen gestellt und müsse die neue Partei unterstützen. Bemängelt wurde weiter die vor der Gründung der neuen Partei betriebene Heimlichkeit. Vollkommene Klarheit wurde verlangt, welche Persönlichkeiten die neue Sache führen sollen. Von einem Disfunktionsredner wurde erklärt, daß Minister Dietrich an die Spitze der neuen Bewegung gehöre. Es wurde weiter anerkannt, daß das Wahlprogramm der Staatspartei durchaus demokratische Grundzüge enthalte. Es gelte jetzt die Erhaltung der deutschen Republik. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlprogramm der neuen Staatspartei keinen neuen Geist enthalte, sondern nur die alten Forderungen aufzähle.

Professor Hellpach-Heidelberg trat dafür ein, daß den liberal gesinnten Wählern der Deutschen Volkspartei die Türen der Deutschen Staatspartei geöffnet würden. Wenn dann auch noch eine Erneuerung in der Führerschaft vorgenommen werden soll, werden er und seine Freunde gern in der Deutschen Staatspartei mitarbeiten.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Wachhoff äußerte den Wunsch, auf breiterer Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Der Erfolg der Deutschen Staatspartei hängt davon ab, ob es gelingt, die politische Heimatlosen zu begeistern, er hängt weiter davon ab, ob es gelingen wird, an die Herzen der jungen Menschen heranzukommen.

Schließlich wurde folgende Entschließung gegen 4 Stimmen angenommen: Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteivorstand wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein werde, alle gesinnungsgewandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.

Der zweite Satz dieser Entschließung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei

Berlin, 30. Juli. Der geschäftsführende Ausschuss der Februarklubbewegung teilt mit: Die Gründung der Deutschen Staatspartei verlangt von den Februarclubs eine entscheidende Stellungnahme. Der geschäftsführende Ausschuss und die Mitglieder des Kölner Aktionsausschusses des Februarclubs begrüßen die unter maßgebender Mitwirkung ihres Vertrauensmannes in Berlin, Dr. Winckler, endlich zustandekommene Gründung der Deutschen Staatspartei. Hiermit ist der erste Schritt zu jener Sammlung getan, welche die Februarclubs seit dem Tag ihrer Gründung selbstbewußt verfolgen. Der vorläufige Aufruf der Staatspartei bedarf allerdings noch starker Hervorhebung der von uns aufgestellten und begründeten Forderungen; deren Durchföhrung wird nur dadurch sicher gelingen, daß die Februarclubs der neuen Partei Anhänger zuföhren und ihr dadurch Stöckkraft verleihen werden. Wir hoffen und erwarten, daß die Deutsche Volkspartei, deren Führer die bürgerliche Sammlung mit ehrlichem Willen anstrebt, durch wechselseitigen Uebereinstimmung der Deutschen Staatspartei deren Grundlage erweitert und damit auch eine Zerspaltung ihrer eigenen Kräfte vermeidet.

Eine Erklärung Koch-Weber

Berlin, 30. Juli. Reichsminister a. D. Koch-Weber übermittelt uns eine Erklärung in der es mit Bezug auf die gegen ihn wegen Gründung der Deutschen Staatspartei geföhrte Polemik u. a. heißt:

Die Erlöschung eines Jahresbuchs hat mir bewiesen, daß es unmöglich ist, eine Einigung in öffentlich groß angekündigten Verhandlungen zwischen den erkrankten Fraktionen herbeizuföhren. An führende Mitglieder der Deutschen Volkspartei habe ich mich nicht gewandt, weil ich nicht erwarten durfte, daß sie sich auf den ersten Anlaß hin so plöglich von ihrer Partei lösen würden. Es ist auch unwahr, daß in der Zusammenkunft bei Luther und Wegner, Mitglieder der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler vor die Alternative gestellt worden seien, unverzüglich ja oder nein zu sagen. Vielmehr sind diese Herren, die nicht in enger fraktioneller Bindung stehen, von der Sachlage unterrichtet worden und sie haben unter meiner vollen Zustimmung erklärt, daß sie ihren Vertretertag zusammenrufen und entscheiden lassen würden. Auf Gustav Stresemann habe ich mich niemals berufen. Wenn aber die Nationalliberale Korrespondenz schreibt, daß Stresemann sich die Stözung einer von ihm eingeleiteten staatsbürgerlichen Sammlung durch mich verbeten haben würde, so darf ich sagen, daß die vertrauensvollen Eröterungen, die ich mit Stresemann wegen einer Parteienvereinigung gedächt habe, niemals auf die Gründung von Arbeitsgemeinschaften oder auf die Zusammenfassung von bestehenden Parteien beschränkt haben. Mit Gustav Stresemann wäre ich sicherlich über das Gebot der Stunde auch heute genau so rasch einig geworden, wie mit Arthur Mahrman. Ich betone nochmals, daß für weitere Verhandlungen in der bisherigen Weise, also von Berlin zu Berlin, auch in Zukunft auf dem Boden voller Gleichberechtigung alle Türen offenstehen.

Der Kanzler an Hugenberg

Berlin, 30. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning hat an Geheimrat Hugenberg ein Schreiben gerichtet, worin er Hugenbergs Anfrage betr. des Osthilfegesetzes beantwortet. Der Reichskanzler schreibt: Die Verwirklichung des Ostprogramms ist durch die Abstimmung des 18. Juli verschoben. Eine Einbeziehung des von der Reichsregierung vorgesehenen Gesamtprogramms

In die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen ist aus verfassungsgesetzlichen und staatspolitischen Rücksichten nicht möglich. Eine Verschleppung der Entscheidungen über das Offizialgesetz war meines Wissens nie beabsichtigt. Allerdings war den Parteien klar, daß vor der Verabschiedung des Etats und der Bedingungsmaßnahmen das Programm lediglich auf dem Papier stand. Wenn also das Offizialgesetz nicht insgesamt hat verabschiedet werden können und nicht schon jetzt die Grundlage für einige auf eine Reihe von Jahren vorgezeichneten Maßnahmen geschaffen werden konnte, so trifft die Schuld hierfür die Parteien, die der Reichsregierung die zur Erfüllung auch dieser Maßnahmen notwendigen Mittel verweigert haben.

Eine Wahlrede des Reichskanzlers

Berlin, 29. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Dienstag in der Vorstandssitzung der Zentrumspartei eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Das Bestreben der Zentrumspartei ging von vornherein dahin, dem deutschen Volke klar zu machen, daß mit der Uebernahme des Youngplans eine Caesur in der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches eintrete. Wir haben auch vorausgesehen, daß nach dem Tod Stresemanns die Bindung der Deutschen Volkspartei an die Große Koalition schwächer werden würde. Wir wollten der Möglichkeit eines schnellen Zerreißen dieser Bindung zuvorkommen, indem wir dem Kabinett Müller die Initiative aufwanden. Es wird nicht gelingen, an den Tatsachen zu zitteln, daß die Große Koalition nicht am Zentrum gescheitert ist, sondern an der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Der Reichskanzler kam dann auf den sozialdemokratischen Vorwurf zu sprechen, der Artikel 48 sei angewandt worden, bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Die Sozialdemokratie habe bei den Verhandlungen eine doppelzüngige Politik getrieben. Die letzte Konterung sei, obwohl sie mit dem Artikel 48 reagierte, keine Diktatur. Man habe sich vor der Verantwortung gedrückt, als noch mit viel anderen Maßnahmen die Lage hätte gerettet werden können. Der Artikel 48 sei im Lauf der letzten Jahre mehr als hundertmal angewandt worden. Deutschland müsse den Wohlstand führen in einem Augenblick der schwersten Weltwirtschaftskrise. Es handle sich dabei um eine Revolution der gesamten Weltwirtschaft. In einem Augenblick, wo man im Reichsbahnschalt rund eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen müsse, um die bisherige Sozialgesetzgebung zu retten, sei es sozial, wenn man den Mut habe, diese Dinge zu machen, und unsocial, wenn man sich aus ontologischen Gründen an diesen Dingen vorbeidrücke. Die Regierung werde sich streng an die Verfassung halten, aber im Rahmen der Verfassung alles tun, was geschehen müsse. Jede Reichsregierung, die dem Reichspräsidenten nicht die neuen Notverordnungen vorgelegt hätte, würde sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht haben. Es handle sich bei diesen Maßnahmen darum, eher aus der Krise herauszukommen als alle anderen Länder, und das sei durchaus möglich. Einmal hätten wir billiges Geld, zweitens könnten wir von dem niedrigen Preisstand der ausländischen Rohstoffe profitieren, und endlich sei es gelungen, die Landwirtschaft aus der Katastrophe wieder herauszubringen. Der Reichskanzler kam dann auf die neuen Verordnungen, die Finanzmaßnahmen für die Gemeinden und die Offiziale zu sprechen. Zu dieser erklärte er, wäre die Devisenverlängerung angenommen und der Haushalt verabschiedet worden, dann wäre ein Gesetz durchgeführt worden, das eine Öffnung von mindestens fünf Jahren geschaffen hätte.

Zu der gestaffelten Steuerentlastung erklärte Dr. Brüning, es sei bei den hohen Einkommen ein solcher Satz erreicht worden, der dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten ungefähr gleichkomme. Der neue Reichstag werde vor dringenden Reformen stehen, die sich im wesentlichen auf teillose Durchführung der Finanzgesetze im Reich, Ländern und Gemeinden besäßen. Es gelte vor allem, Erparnisse zu machen. Man müsse zu einer klaren Scheidung zwischen den Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden kommen. Ein Programm für die Bauwirtschaft der nächsten Jahre müsse schon jetzt aufgestellt werden. Auch die Eisenbahn müsse aus der schwierigen, finanziellen Lage herausgebracht werden. Es müsse unbedingt verhindert werden, daß verschiedene Regierungen verschiedene Politik machten, denn das habe uns die Finanzminister gebracht. Man müsse wieder zur Klarheit und Wahrhaftigkeit im politischen Leben kommen. Nicht die Parteien dürfen führen, sondern das Kabinett. Daran habe es in den letzten Jahren gefehlt. Das Kabinett müsse die Verantwortung übernehmen und die Entscheidung möglichst in der Vollziehung des Reichstags suchen. Der Zeitpunkt sei da, in dem man den letzten Versuch machen müsse, um mit der gegenwärtigen Verfassung eine wirkliche und verantwortliche Demokratie zu retten.

Friedrich Augsburger

Ein frederizianischer Roman von Wolfgang Märken

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Reister, Weidau

„Warum! Weiß ich des Volkes Not gesehen habe und weiß, daß ich nicht helfen kann. Was kann ein einzelner. Viele, viele Freunde müßt ich haben, um das durchzuführen, was ich wollte. Will's heute nicht sagen, wie ich helfen wollt. Gewiß nur ist: Ich könnt's nicht, müßt vielmehr der anderen Seite zu Liebe sein. Und das vermag ich nicht. Königliche Hoheit wissen es selbst, daß ein Fürst ein Spielball der Launen seiner Getreuen ist. Und ist er's nicht, dann sieht er einjam, freudlos da — wie der König von Preußen fast jetzt.“

Der Kronprinz schwieg zu des Rittmeisters offener Rede und sprach nicht weiter, bis der Wagen in Berlin anlangte.

Der König von Preußen hatte sich wieder aufgerappelt. Obwohl ihn große Schmerzen quälten, war er wieder in seinem Privatkabinett und sah die Akten stöhnend und ächzend durch.

„Schwarzloff!“

Der Kammerdiener erschien und verbeugte sich devot. „Hör' Er, wenn der Augsburger kommt mit seiner jungen Frau, sofort verlassen, nicht melden.“

„Jawohl Majestät!“

„Was meint Er, Schwarzloff, ob der Augsburger mit seiner jungen Frau gleich kommen wird, ehe er seine Hochzeitsreise antritt?“

„Sicher wird er kommen, Majestät.“

Zentrum gegen Sozialdemokratie

Berlin, 30. Juli. In der Sitzung des erweiterten Vorstandes der Zentrumspartei hielt der Parteivorsteher Professor Dr. Kaas eine ausführliche Rede über die Politik des Zentrums.

Er gedachte einleitend des schmerzlichen Abschlusses der Koblenzer Befreiungsfeier und der Opfer des Brüdeneinsturzes. Alle Trauer könne jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die nach langen Kämpfen erreichte Räumung einen historischen Wendepunkt in der Geschichte der Nachkriegszeit bedeute, wenn auch die Zentrumspartei die Gleichsetzung von Räumung und Freiheit nicht als berechtigt anerkennen könne.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, sagte Dr. Kaas, daß zweifellos weite Volkstkreise die Auflösung des Reichstags als eine Art Erlösung aus einer immer klarer als unhaltbar sich erweisenden Situation empfänden.

Nach den Wahlen von 1928, in denen die Sozialdemokratie einen demagogisch kleinlichen, aber staatspolitisch bedauerlichen Auftrieb erfahren habe, würde es an sich dem Gesetz der politischen und parlamentarischen Logik entsprechen haben, sie im Parlament zu zwingen, sich auch in sachlicher Arbeit als alleinige Trägerin der Regierungsverantwortung zu betätigen. Ich bin überzeugt, so sagte Dr. Kaas, in kürzester Frist wird sich wohl ihre Unfähigkeit zu aufbauender Arbeit gezeigt haben. Dr. Kaas erinnerte an seine Dortmund-Rede, die ein Alarmruf gewesen sei zu einer Zeit, wo die Aussichten auf erfolgreiche Sanierungsmaßnahmen unendlich günstiger gewesen seien als heute. Er habe damals in dem Kampf um den Youngplan und das Volksbegehren erklärt, daß das außenpolitische Ja zum Youngplan nur dann einen Sinn habe, wenn es gelinge, Regierung und Parlament auf ein Wirtschafts- und Finanzprogramm festzulegen, das aus einer eventuellen Annahme des Youngplanes auch zielbewußt und sachlich die innenpolitischen und finanziellen Konsequenzen ziehe. Bergelich habe die Zentrumspartei gewarnt, vergeblich habe sie das kritisierte außenpolitische Draufgehen zu bremsen versucht. Wir schritteten Schritt für Schritt, sagte Kaas, in eine Zwangssituation hinein, in der im letzten Akt gegen unsere innerste Neigung die Annahme des Youngplanes zur unabänderlichen Notwendigkeit wurde. Erst die Erklärung des Reichspräsidenten und die darin liegende Garantie für die rechtzeitige Durchführung der Finanzreform sei für die Zentrumspartei die Brücke gewesen, zu dem mit schwerem Herzen gegebenen Ja.

Dr. Kaas wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die unwahren und falschen Behauptungen, daß Dr. Brüning den Sturz des Kabinetts Müller herbeigeführt habe. Ebenso unwahr sei die Behauptung, daß er gleich von Anfang an mit dem Gedanken, das Parlament auszuschalten und diktatorisch zu regieren, an die Arbeit gegangen sei. Bis in die letzten Stunden hinein sei Dr. Brüning bemüht gewesen, die Voraussetzungen für eine parlamentarische Erledigung des Sofortprogramms selbst unter gewissen Opfern und Abstrichen zu schaffen.

Zu der Frage der bürgerlichen Sammlung führte Dr. Kaas aus, das Zentrum begrüße aufrichtig jeden Anlaß zur Sammlung und zur Ueberwindung der parteipolitischen Zersplitterung, von welcher Seite er auch kommen möge. Es könne kein Zweifel darüber sein, daß nirgendwo die Konzentration der politischen Kräfte ein dringenderes und unausschiebbareres Gebot sei als innerhalb der bürgerlichen Mittelparteien. Das Nachlaufen hinter irgend welchen Sonderinteressen müsse ein Ende haben, wenn die Gesamtheit, wenn der Staat leben solle. Nur Sachlichkeit könne uns retten. Wir wollen die Demokratie nicht stützen, führte Dr. Kaas aus, wir wollen sie erhalten, wir wollen den Parlamentarismus nicht vernichten, aber wir wollen seine Verewigung und seine Disziplinierung.

Niemals hat die sozialdemokratische Partei einen solchen Schlag gegen wahre Demokratie und gegen verantwortungsvolle Politik geführt, als an diesem schwarzen Freitag, wo sie zum ungewollten Fördertrupp der Tendenzen geworden ist, die letzten Endes ihre Aufgabe in dem Sturz des republikanischen und demokratischen Gedankens

sehen. Ich hoffe, daß die sozialdemokratische Partei sich darüber keinen Zweifel hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge sich wiederholen sollten. Sie würde die Statistik der preussischen Koalition überschätzen, wenn sie glaubt, eine derartige Belastungsprobe noch einmal versuchen zu können. Wir denken nicht daran, der Sozialdemokratie die Möglichkeit zu lassen, eine derartige, für unsere Parteianhänger unerträgliche Schaukelpolitik zwischen Reich und Preußen weiterzuführen, hier im Reich die Früchte der Agitation, drüben in Preußen die Vorteile des Regierens zu genießen. Ich bin der Zustimmung unserer preussischen Freunde sicher, wenn ich feststelle, daß es nur eine deutsche Zentrumspartei gibt, die unter selbstverständlicher Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheiten der Fraktionen in den großen und entscheidenden Tagen nicht nur der Grundzüge, sondern auch der politischen Strategie absolut einig ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen beschäftigte sich Dr. Kaas sodann mit der Neubildung und Umgruppierung auf der Rechten. Es vollziehe sich hier ein Prozeß, der zu einem bedeutsamen Gesundheitsfaktor des politischen und parlamentarischen Lebens werden könne. Alles werde davon abhängen, ob sich die neue Gruppe zu einer aufrichtig positiven und schöpferisch gestaltenden Mitarbeit auf dem Boden des Volksstaates belenne, oder ob man verjuche, mit der Vergangenheit Kompromisse einzugehen, die die Gegenwartsbewertung lähmen und zumindestens hindern könne. Er sei davon überzeugt, daß eine ganze Reihe der führenden Köpfe mit der Achtung vor dem achtenswerten Inhalt der Vergangenheit den unbedingten und endgültigen Willen verbänden, den Volksstaat zu bejahen. Die deutsche Zentrumspartei könne in Entwicklungen dieser Art nur eine nachträgliche Betätigung der Richtigkeit ihres politischen Kurses sehen.

Auch Heß warnt die Linke

Der Führer der Zentrumspartei in preussischen Landtag, Abg. Heß, beleuchtete ausführlich das Verhältnis der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie und erklärte, daß es für die preussische Zentrumspartei unmöglich sein würde, mit der Sozialdemokratie weiter zusammen zu arbeiten, wenn die Haltung der Sozialdemokratie dem Zentrum und insbesondere dem Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber sich nicht ändere. Wenn mit diesen Kampfmethoden der Sozialdemokraten nicht Schluß gemacht würde, falle die Schuld auf die Sozialdemokraten zurück, wenn ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich sei.

Der Abbau in der Metallindustrie

Berlin, 30. Juli. Die Lage in der Metallindustrie verschärft sich von Tag zu Tag weiter. Nach Blättermeldungen sind bei der Carl Zeiss AG, bei der AEG Isolatorenfabrik und bei der AEG Lokomotivfabrik sowie in der Automobilfabrik Chrysler Befristungen erloschen, daß etwa 10 Prozent der Anstellten entlassen werden sollen. Insgesamt sind nunmehr in der Berliner Metallindustrie rund 3000 Entlassungen von Anstellten angekündigt worden. Im Zusammenhang mit dem angekündigten Personalabbau bei Siemens hat das Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost Reichstagsabgeordneter Schuldt an den Reichspostminister ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf seine Ausführungen im Verwaltungsrat der Reichspost erklärt: Ich habe nicht nur versucht, auf eine Freisetzung hinzuwirken, sondern auch darauf Bedacht zu nehmen, daß diese Industrien, soweit sie von der Post kultiviert werden, die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes und die Rückwirkung auf die innerpolitische Lage berücksichtigen und insbesondere von Arbeiterentlassungen Abstand nehmen. Das Vorhaben der Firma Siemens steht diesen Forderungen kräftig gegenüber. Jedenfalls wäre ich dem Herrn Minister dankbar für eine Einwirkung auf die Firma Siemens, daß sie veranlaßt wird, von ihren Maßnahmen abzusehen.

Die Schönste herausgegeben. Das sieht sogar der König von Preußen mit seinen alten Augen noch.“

Dann wandte er sich um, Seine Augen suchten Schwarzloff. „Schwarzloff, hör' Er gut zu. Ich geb' Ihm viel Aufträge. Er heizt mir das große Staatszimmer gut und schmückt's mir schön. Kann kosten, was es will. Und sag' Er dem Koch, daß er für drei — nein für vier anrichten soll, aber das Beste bitt' ich mir aus. Sag' Er ihm, soll keine Angst haben, wenn er ein paar Taler mehr verbraucht. Dann bestell' Er bei den Grenadieren die Musik für die siebente Stunde. Wollen einen schönen Tag heute haben.“

Er strahlte über das ganze Gesicht.

Es war ein schöner Abend, der nicht nur das Band zwischen dem König und dem Augsburger fester machte, sondern er brachte auch den Kronprinzen seinem Vater näher.

Als sie am nächsten Tage schieden, meinte der König in seinem Privatkabinett. Er fühlte, daß er den scheidenden Augsburger lieber hatte, als seinen Sohn, daß er der einzige war und blieb, der ihn verstand.

Friedrich Augsburger fuhr mit seiner jungen Frau in den Frühling hinein nach dem goldenen Süden.

Was war aber des Königs Brautgeschenk? Eintausend Taler in Gold und — die Herrschaft Loosenburg im Pommerschen.

Ein glänzendes Brautgeschenk für den kaiserlichen König.

— Ende —

Am Montag beginnt unser spannender Roman

„Ruth“

von Carlhe-Weißenthurn.



Einigungsversuche der Deutschen Volkspartei

Gemeinsamer Wahlaufsatz der bürgerlichen Parteien

Berlin, 30. Juli. Mittwoch nachmittag fand im Reichstag die vom Abg. Dr. Scholz (D.D.) angeregte Besprechung über ein eventuelles Zusammenschließen der bürgerlichen Mitte statt. An der Sitzung nahmen neben den Abgeordneten Dr. Scholz Minister Treutmann von der Konserativen Volkspartei, die Abgeordneten Dremis und Sackenberg von der Wirtschaftspartei, sowie der Abgeordnete Koch-Weber teil. Außerdem waren zwei Vertreter der Reichsvereinigungen junger Volksparteiler anwesend, sowie als Vertreter der inzwischen zur Staatspartei übergetretenen Gruppe junger Volksparteiler Dr. Schenck. Die Besprechung erstreckte sich zunächst auf die Frage einer Fusion dieser Parteien im Wahlkampf, aber eine Einigung darüber kam nicht zustande. Dagegen verständigte man sich dahin, daß von allen diesen Parteigruppen ein gemeinsamer Wahlaufsatz ergehen soll, worin sich diese Parteien verpflichten, für das Finanzreformprogramm der Reichsregierung einzutreten. Der Wahlaufsatz soll am Donnerstag von einem Redaktionskomitee entworfen werden.

Berlin, 30. Juli. Ueber die am Mittwoch nachmittag stattgefundene Besprechung der Deutschen Volkspartei mit der Gruppe Bekamp, der Wirtschaftspartei und der Staatspartei erzählt das Nachrichtenbüro des V.D.Z. noch folgendes:

Dr. Scholz legte den eingeladenen Parteien noch einmal die Frage vor, ob sie bereit seien, auch ihrerseits mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam in eine große einheitliche Partei des gesamten aktiven Staatsbürgerrechts aufzugehen. Dr. Scholz hat diesen Vorschlag vor allem damit begründet, daß die wahlmüde Bürgerschaft sich in dem Wirrwarr der Parteien nicht mehr zurechtfindet und darum diese Vereinheitlichung und Zusammenfassung verlange.

Die befragten Parteien waren jedoch nicht geneigt, dem vollen parteilichen Wunsch zu folgen. Die Frage gemeinsamer Wahlaufsätze wurde ebenfalls abgelehnt. Nach Ablehnung seines ersten Vorschlags hat Dr. Scholz den vertretenen Parteien darauf die Frage vorgelegt, ob sie nicht über einen selbstverständlichen Burgfrieden im Wahlkampf hinaus bereit seien, im kommenden Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, die die gesammelte parlamentarische Kraft des Bürgerrechts gerade in entscheidenden Augenblicken gemeinsam und einheitlich einzusetzen vermag. Darüber sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen. Sie werden fortgesetzt. Zunächst ist ein Redaktionskomitee beauftragt, einen gemeinsamen Wahlaufsatz auszuarbeiten.

Intrigien in Ägypten

London, 29. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will wissen, daß der frühere Khebid von Ägypten, Abbas Hilmi, der von den Engländern wegen seiner für den Frieden günstigen Haltung 1914 abgesetzt worden war, in London durch seine Abgesandten mit Parlamentariern und sonstigen Kreisen Verhandlungen anknüpft, die auf eine Enttarnung des jetzigen Königs Fuad von Thron hinzielen. Der „Daily Telegraph“ sagt diese Vorgänge zu scharfer Propaganda gegen das Khasch und die ägyptischen Nationalisten aus, denen er Verbindungen mit aufständischen Kreisen vorwirft. Diesen Anschuldigungen tritt der frühere ägyptische Geschäftsträger in London, Hamed Mahmud, der jetzt die Wafd-Partei in London vertritt, sehr energisch entgegen und erklärt, daß die zur Zeit in London weilenden ägyptischen Abgeordneten, die an der interparlamentarischen Konferenz teilnehmen, nicht dazu berechtigt seien, im Namen der Partei zu sprechen.

Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Interview, das der frühere König von Ägypten, Abbas Hilmi einem Korrespondenten des Blattes gewährte. Darin erklärt er zur lebhaften Lage in Ägypten, er sei zwar nur ein Zuschauer, aber er werde es nicht ablehnen, seine Pflicht gegenüber Ägypten zu tun, wenn dies notwendig werden würde. Er habe 23 Jahre hindurch neben den britischen Interessen gearbeitet, aber er gebe sehr wohl zu, daß er der größte Freund Englands sein würde, wenn England der Freund Ägyptens sein würde. Ägypten könne dann Unabhängigkeit in der Sudanfrage machen, um eine friedliche Verständigung mit England herbeizuführen.

Amerikas Kampf gegen Moskau

Ein Handelskrieg auf breiter Front

Die Vereinigten Staaten haben der Sowjetunion den Handelskrieg erklärt — das ist die größte weltpolitische Sensation der letzten Tage. Bekanntlich ist Amerika die einzige Großmacht, die Sowjetrußland bis zum heutigen Tage nicht anerkannt hat. Dies hindert jedoch die amerikanischen Kaufleute nicht, in einen verhältnismäßig lebhaften Handelsverkehr mit dem Sowjetstaat zu treten. Die Russen haben aus Amerika ganze Fabrikanlagen neuester Konstruktion importiert, außerdem zahlreiche Maschinen, Autos und vor allen Dingen Schlepper (Traktoren). Der russisch-amerikanische Handel blühte ebenso wie die inoffizielle Fühlungnahme zwischen den beiden Ländern. Und nun beginnen die Vereinigten Staaten eine großangelegte Offensive gegen alles Sowjetrussische, eine Offensive, deren Folgen nicht abzusehen sind.

Es war der amerikanische Kongreß, der den Kampf gegen Moskau einleitete, indem er eine Kommission ins Leben rief, die sogenannte Fish-Kommission, welche die Tätigkeit der amerikanischen Abteilung des Außenhandels-Volkswirtschafts, des sogenannten Amtorg, zu untersuchen hatte. Gegen den Amtorg wurde nämlich die Beschuldigung erhoben, daß er sich mit kommunistischer Propaganda in Amerika besaße. Der Leiter der Amtorg, Bogdanow, und seine nächsten Mitarbeiter hatten sich in öffentlichen Sitzungen der Fish-Kommission gegen diese Beschuldigungen zu verteidigen, wobei allerdings ihre Antworten auf Verhöhnung oder Verneinung der an sie gerichteten Fragen beschränkt

wurden. Die Sowjetpresse, die Amerika gegenüber bis jetzt einen auffallend milden Ton anschlug, findet jetzt keine Worte, um ihrer Entrüstung über die Verneinung der Amtorg-Beamten Ausdruck zu geben. Indessen bedeutet die Fish-Kommission nur einen winzigen Abschnitt der Front, auf der der Kampf Amerikas gegen Sowjetrußland geführt wird. Die Neuposter Zollbehörde hat eine Reihe von russischen Einfuhrwaren nach dem Auslande verboten, ganz ohne Unterschied, ob es sich um Rohstoffe oder Fertigfabrikate handelt. Ungefähr 40 Schiffe, die bereits mit russischen Waren unterwegs nach Amerika sind, werden von dem Verbot der amerikanischen Zollbehörde aufs schwerste betroffen, und der Schaden, den die russischen und zum Teil auch die amerikanischen Geschäftskreise dadurch erleiden, wird auf Hunderte von Millionen Dollar geschätzt. Als einen offiziellen Vorwand für dieses Einfuhrverbot geben die Amerikaner an, daß es sich bei den russischen Waren ausnahmslos um Sträflingsarbeit handle, welche nach amerikanischem Gesetz auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten nicht abgesetzt werden dürfe. Daß der russisch-amerikanische Handel unter diesen Umständen beinahe unmöglich wird, versteht sich von selbst. Dies bedeutet in erster Linie einen außerordentlich schweren Schlag für die Sowjets, die mit allen Mitteln versuchen, ihren ärmlichen Bestand an fremder Valuta aufzufüllen, um die für die Ausführung des Fünfjahres-Planes unbedingt erforderlichen Einkäufe im Auslande zu tätigen. Der Schaden auf amerikanischer Seite ist vergleichsweise ganz minimal, weil der russische Handel im amerikanischen Haushalt eine verschwindend geringe Rolle spielt. Bedenkt man aber, daß die amerikanische Wirtschaftskrise im Steigen begriffen ist, so ergibt sich daraus, daß auch noch so kleine Schädigungen amerikanischer Handelsinteressen sich sehr stark auswirken müssen und daß sie nur aus weitestgehenden Motiven in Kauf genommen werden. Diese Motive sind zweifellos politischer Art: die Feindseligkeit gegen Sowjetrußland ist in Amerika erneut im Steigen begriffen, was nicht zuletzt mit der Verschärfung der kommunistischen Propaganda in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang steht. Es ist anzunehmen, daß der Kampf Amerikas gegen Sowjetrußland erst im Anfang begriffen ist und daß seine weitere Ausdehnung als sicher zu gelten hat.

Neues vom Tage

Jungdo und Staatspartei

Berlin, 30. Juli. Der „Jungdeutsche“ veröffentlicht eine Mitteilung über das Verhältnis des Jungdeutschen Ordens und der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Gründung der Deutschen Staatspartei, in der es u. a. heißt:

Am Samstag und Sonntag tagte in Berlin das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens. Das Hochkapitel nahm den Bericht über den Aufruf zur Bildung der Staatspartei entgegen und stimmte voll und ganz diesem Schritt des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, zu. Es erteilte ihm absolute Vollmacht für diesen Schritt und für alle sich daraus ergebenden.

Hirth und Weller auf Island

Reykjavik, 30. Juli. Wie gemeldet wird, sind die deutschen Flieger Hirth und Weller auf ihrem Klemm-Flugzeug am Dienstag in Kaldadarnes an der Südküste von Island plat gelandet.

Staatshilfe für das italienische Erdbebengebiet

Mailand, 30. Juli. Der Ministerrat hat beschlossen, als erste Rate für den Aufbau der zerstörten Ortschaften, der so rasch wie möglich erfolgen soll, 100 Millionen Lire auszuwerfen. Ferner hat er seine Zustimmung dazu gegeben, daß nicht nur die direkten Steuern der Bewohnern der zerstörten Gebiete zu erlassen sind, sondern daß auch die indirekten Steuern vorläufig nicht eingetrieben werden und für alle fällige Wechsel der Termin zu verlängern ist.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 31. Juli 1930.

Zusammenkunft der 125er. Wie wir hören, treffen sich die Regimentskameraden des Infanterie-Regiments 125 am kommenden Sonntag in Altensteig.

August

Der Monat der Ernte

Während wir dem Monat Juli mit gewisser Sorge entgegen saßen, ob er uns eine Fortsetzung der fast unerträglich gewordenen Hitze des Monats Juni bringen werde, können wir bei dem Gedanken an den Monat August uns kaum vorstellen, daß nun schon der letzte Sommermonat gekommen ist. Bald ist die Zeit vorüber, wo man keine Döse essen soll. Das ist wohl eines der sichersten Zeichen dafür, daß der Sommer seinem Ende entgegengeht. Nach der vorläufigen Döse brachte der Juli eine große Enttäuschung. Wird nun endlich der August das leicht allgemein ersehnte warme Sommerwetter bringen? Jetzt wünschen es sich alle, der Landwirt kann es zur Ernte dringend gebrauchen, alle Kur- und Badeorte klagen über schlechten Besuch; denn viele der Reisenden haben sich entschlossen, wegen der ungünstigen Witterung ihren Aufenthalt abzubrechen und den Rest ihres Urlaubes lieber zu Hause zu verbringen. Wenn nicht noch in diesem Monat eine entscheidende Wendung zum Besseren eintritt, muß man mit schweren Verlusten rechnen, die den Bestand manches alten Kurunternehmens zu gefährden drohen.

Mit besonderer Sorge sieht der Landwirt dem künftigen Wetter entgegen; denn da der August der Monat der Ernte ist, in dem sich die mühselige Arbeit der vorhergehenden Zeit erfüllen soll, ist schönes Wetter unbedingt erforderlich. Wie oft ist es nicht schon vorgekommen, daß die schönsten Hoffnungen des Landwirts, die er auf Grund des bisherigen Wochensums des Getreides beugen durfte, durch die unaufrichtige Witterung in den Ernte-

tagen vernichtet wurden! Wie ängstlich der Landwirt das Wetter beobachtet, geht schon aus der Bauernredensart hervor:

„Der Sonne im August ist nicht zu trauen“.

Der 1. August gilt vielfach als Unglückstag, weil an ihm Satan aus dem Himmel gestochen wurde; früher wurde am 1. August in der Leibmesse dem Herrn des Himmels Brot aus neuem Korn geopfert. In der Kirche ist seit dem Jahre 440 das Fest Petri-Kettenfeier mit diesem Tage verbunden. Im August ist auch der Volksbrauch des Hahnenschlagens üblich. In diesem Jahre kommt in wirtschaftlicher Beziehung dem Monat August noch eine besondere Bedeutung zu, weil vielfach am 1. der Saisonverkauf beginnt, oder zumindest noch im Gange ist. Man erwartet diesmal trotz der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Lage des laufenden Publikums ein recht gutes Geschäft, da bereits viele der Ferientouristen zurückgekehrt sind. Die in letzter Zeit durchgeführte starke Propaganda für den Sommerverkauf, sowie die günstigen Angebote, die allenthalben gemacht werden, dürften recht rasch die Kaufkraft anregen. Ein gutes Geschäft im Saisonverkauf kann zugleich das erste Antriebsmoment zu einer Belebung der Konjunktur sein. Nachdem das Frühjahr und der Sommer 1930 nicht allein eine allgemeine Stagnation, sondern darüber hinaus noch eine weitere Depression gebracht haben, hofft man, daß nun endgültig der Tiefstand erreicht und überschritten wurde. Vielfach wurden Befürchtungen ausgesprochen, daß die Vorbereitungen des Geschäftes des August stören könnten. Aber ihr Höhepunkt fällt erst auf die letzten Tage dieses Monats bzw. auf die ersten Tage des September. Das August-Geschäft wird also kaum wesentlich beeinträchtigt werden, und man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß mit den Neuwahlen endlich die solange herbeigesehnte Konsolidierung eintritt, durch die allein weitere Erschütterungen vermieden werden können.

Haiterbach, 29. Juli. (Von der Stadtkapelle.) „Der Löne Macht, die aus den Saiten klingt, Du kennst sie wohl und läßt sie mächtig aus.“ Dies Wort, das ein großer deutscher Klassiker geschrieben hat, hat heute mehr denn jemals Berechtigung, auf die Stadtkapelle Haiterbach angewendet zu werden. Den Verdienst daran trägt wohl in erster Linie der rührige Dirigent der Kapelle Herr Musikdirektor Maier, Altensteig, der vor einem Jahre, ausgerüstet mit einem musikalischen Können, den Dirigentenstab in die Hand genommen hat und seither die Kapelle so aufwärts geführt hat, daß sie heute als eine der ersten Kapellen im Gau steht. So darf auch das Gaumuskifest in Emmingen, bei dem die Kapelle in der Mittelstufe einen 1a-Preis mit höchster Punktzahl und Gesamtnote vorzüglich erzielte, als eine Krönung der von den Musikern und dem Dirigenten geleisteten Arbeit betrachtet werden. Möchte dieses Fest für die Stadtkapelle Haiterbach ein Ansporn sein zu immer neuem Schaffen!

Stuttgart, 30. Juli. (Tödlisch überfahren.) Abends wurde in der Rotenwaldstraße in der Nähe des Westbahnhofs ein älterer Mann beim unachtsamen Überqueren der Straße von einem Personentransportwagen überfahren. Die Räder gingen ihm über den Oberkörper. Er war auf der Stelle tot.

Beuron, 30. Juli. (Lehrerjubiläum.) Von dem im Jahre 1880 aus den Seminaren Gmünd und Saugan entlassenen Lehrern leben noch 15. Von diesen versammelten sich 13 zur Feier ihres 50jährigen Jubiläums am 27. und 28. Juli in Beuron.

Schweningen a. N., 30. Juli. (Typhus.) Seit zwei bis drei Wochen sind einige Leute in ärztlicher Behandlung. Neuerdings kamen zu diesen Erkrankungen einige weitere hinzu, so daß man zurzeit von etwa zehn bis fünfzehn Erkrankten reden kann. Die Krankheit äußerte sich durch verdächtige Erscheinungen, die Typhus befürchten ließen. In einem Fall der Erkrankten ist mit Sicherheit Typhus festgestellt. Ob es sich bei den weiter Erkrankten um die gleiche gefährliche Krankheit handelt, muß die weitere Untersuchung ergeben.

Cannstatt, 30. Juli. (Aufrührer Taterraapt.) In den Umkleieräumen eines Sportplatzes auf dem Wafen sind in der letzten Zeit des öfteren Diebstähle vorgekommen, bei denen den Tätern verschiedentlich bedeutende Geldbeträge und Wertgegenstände in die Hände fielen. Nun wurde der 16jährige Gelegenheitsarbeiter Hans Molini von Cannstatt auf frischer Tat erwischt und konnte der Polizei übergeben werden.

Ehlingen, 30. Juli. (Von der Maschinenbau-schule.) Im Sommerhalbjahr 1930 haben 74 Bewerber (51 in der Abteilung für Maschinenbau und 23 in der Abteilung für Feinmechanik und Mengenfertigung) die Schlußprüfung an der höheren Maschinenbauhschule bestanden und damit die Befähigung zur Ausübung des Ingenieurberufes erworben.

Bonlanden O.A. Stuttgart, 30. Juli. (Schwere Unfall.) Nachts fuhr ein Motorradfahrer in ein Fahrwerk hinein, das nur schwach beleuchtet war und auf der schmalen Straße Bonlanden-Plattenhardt stand. Dabei stürzte er so unglücklich, daß er schwer verletzt in ein Stuttgarter Krankenhaus verbracht werden mußte. — In der gleichen Nacht verunglückte noch ein weiterer Motorradfahrer mit seinem Soziusfahrer auch auf dem Weg nach Bonlanden. Beide wurden ebenfalls schwer verletzt.

Waldenbuch O.A. Stuttgart, 30. Juli. (Künstler-jedlung.) Wie man uns mitteilt, sind zurzeit einige Berliner Maler mit der Stadtgemeinde Waldenbuch in Unterhandlung wegen Erwerbs von Grundstücken. Schriftsteller Hesse-Berlin schuf einen prächtigen Tonjah über die paradiesisch gelagene Kolonie Liebenau, die in Kürze im Druck erscheinen wird.

Altingen O.A. Herrenberg, 30. Juli. (Brand.) In einem Wohnhaus brach Feuer aus. Die Tübinger Weckerlinie wurde alarmiert, jedoch von der Ortsfeuerwehr von Altingen wieder zurückgeschickt, da diese glaubte, allein des Feuers Herr werden zu können. Anscheinend wurde in dessen veräußert, während der Nacht eine Feuerwache aufzustellen. Die Folge davon war, daß das Feuer erneut zum Ausbruch kam. Das Haus ist dann fast vollständig niedergebrannt.



Napensburg, 30. Juli. (Beerdigung.) Am Dienstag wurde Generalleutnant a. D. Paul von Scholz zu Grabe getragen.

Friedrichshafen, 30. Juli. (Der neue Ankermast.) Ein Ankermast für das Luftschiff ist auf dem Flugplatz Lössental, gegen den Wald zu, zur Aufstellung gelangt.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 29. Juli. Auftrieb: 6 Ochsen, 3 Kühe, 43 Rinder, 28 Ferkel, 42 Kälber, 339 Schweine.

Letzte Nachrichten

Die Staatspartei erhält Liste 6

Berlin, 31. Juli. Zwischen der Deutschen Staatspartei und dem Reichsinnenministerium ist laut „Berliner Tagblatt“ vereinbart worden, daß die Deutsche Staatspartei auf der Wahlliste die bisher von den Demokraten eingenommene 6. Stelle erhält.

Der Konflikt in der Metallindustrie

Berlin, 31. Juli. Zur Beilegung des Konflikts in der Berliner Metallindustrie hat das Reichsarbeitsministerium am Mittwoch einen ersten Schritt unternommen.

Das Erdbeben in Panama

Christobal (Panama), 30. Juli. Durch das heutige Erdbeben sind die Mauern des Verwaltungsgebäudes in Balboa schwer beschädigt worden.

halbe Minute andauerte, am heftigsten im Isthmus von Panama ausgewirkt hat.

Sichtung von „R 100“ durch einen Dampfer

Newport, 30. Juli. Der Londoner Vertretung der „Associated Press“ ging folgender Funkspruch vom Dampfer „Empire of Franco“ zu: „Am 6 Uhr abends Greenwicher Zeit sichteten wir das Luftschiff „R 100“ in etwa zehn Meilen Entfernung.“

Zwei Deutsche in Borarlberg tödlich verunglückt

Bregenz, 30. Juli. Nach einer Meldung des Borarlberger Tagblatts aus Au im Bregenzer Wald wurde gestern nachmittag auf dem Weg von Landtheg zur Biederacher Hütte der Apotheker Theodor Bauer aus Ehlingen und Amalie Luz aus Heidelberg tot aufgefunden.

Mutmaßliches Wetter für Freitag

Südlicher Hochdruck beeinflusst die Wetterlage und läßt für Freitag mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter erwarten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Amtliche Bekanntmachungen Lagerung von Heu und Stroh im Freien und in Feimen.

Die offene Lagerung von Garben, Stroh, Heu, Dohnd und dergl. in unmittelbarer Nähe von Gebäuden bedeutet erfahrungsgemäß eine große Brandgefahr.

Die Lagerung in offenen Stapeln, unter bloßen Schuttdächern oder in seitlich offenen Schuppen ist in der Regel nur außerhalb des geschlossenen Wohnbezirks gestattet.

Die maßgebenden Bestimmungen sind enthalten in § 25 Abs. 2 der Feuerpolizeiordnung vom 4. Sept. 1912 (Reg.-Bl. S. 592) sowie in Art. 60, 61 und 78 der Bauordnung.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, für die Durchführung der erwähnten Vorschriften der Feuerpolizeiordnung und Bauordnung zu sorgen und die Bevölkerung zur Vorsicht zu mahnen.

Nagold, den 29. Juli 1930.

Oberamt: Baitinger.

Simmersfeld.

Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrag der Elisabeth Seig Witwe hier und der Miterben des verstorbenen Michael Friedrich Seig, Schuhmachers bringe ich an

Samstag, den 2. August 1930, nachmittags 3 Uhr auf dem hiesigen Rathaus die Hälfte an Bohnhaus Nr. 6 mit Scheuer und Hofraum mit 5 ar 51 qm unten im Dorf, unter günstigen Bedingungen zur freiwilligen Versteigerung.

Bei annehmbarem Gebot findet kein weiterer Termin statt und wird der Zuschlag sofort erfolgen.

Den 28. Juli 1930.

Ratschreiber: Wegger.

Mein

Saison-Verkauf

bietet Ihnen günstige Gelegenheit zur Anschaffung von

Aussteuer-Artikeln

Chr. Krauss.

Reiseandenken

als Wand- und Tischschmuck in vielen begehrten Formen kauft man bei der

W. Riekerschen Buchhandlung

Sportverein Altensteig Mitglied d. S.F. und L.V.

Freitag, den 1. August 1930

Monatsversammlung

im Lokal.

Reistloses Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.



Am Sonntag, den 3. August

Nachmittags-Wanderung

über Baiernmühle nach Simmersfeld (Anker).

Abmarsch 1/2 Uhr bei Albert Luz.

Der Vorstand.

Habe heute Donnerstag von 5 Uhr ab frisches

Obst und Gemüse

auf dem Marktplatz in Altensteig.

Kappler, Besenfeld.



Schöne reife Tomaten 3 Pfd. 55,-

Neue Kartoffeln 20,- 3 Pfd. und 25,-

Neues Sauerkraut Pfund 20,-

Schöne Pfirsiche Ringlo Kefel Gurken

Bringe morgen von 8 Uhr ab auf den Marktplatz

allerlei Gemüse schönes Obst und Einmachgurken

Frau Keß.

B. Forkant Gatzlöhler. Holz-Verkauf.

Am Samstag, den 2. August nachmittags 6 Uhr in Enzthal im Gasthaus zum „Hirsch“ aus Staatswald: Schichtbockholz 50 Km. Buchen Scheiter und Brügel, ferner das in Schlägen, Durchforstungen und Scheidholz angefallene Reisig geschätzt zu 3000 Wellen.

Schönes Blaukraut empfiehlt

Heinrich Walz Altensteig

Karlstr. — Telefon 116.

Altensteig



Heute frisch eingetroffen in strammer Eispackung.

Schellfisch ohne Kopf 1 Pfund 60,-

Fischfilet, bratfertig 1 Pfund 65,-

Ferner: Reife Tomaten 1 Pfd. 20—25,-

bei 3 Pfd. Abnahme 55—70,- in Originalglitter 20 Pfd. billiger.

Hr. Burghard jr.

Berfette Schneiderin

fertigt schnell u. billig Kleider an, in und außer dem Haus.

H. Freimüller, Altensteig bei Paul Beck.

Haben sie Bedarf

in Büro-Artikeln

so wenden Sie sich an die

W. Rieker'sche Buchhandlung in Altensteig.

Kaufe Himbeeren

S. Wurster, Altensteig.



Prachtvoll...

wie diese Blumen, so weiß soll Ihre Wäsche sein. Verwenden Sie nur das vorzügliche Dr. Thompson's Seifenpulver Marke Schwan, dazu Seife zum Bleichen. Dann wird Ihre Wäsche stets blütenweiß. Seit 50 Jahren bewährt.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Bened.

Todes-Anzeige.



Tief erschüttert geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater

Jakob Steeb, Maurer

im Alter von 41 Jahren nach langem, schwerem Leiden heute nacht sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet:

die tiefgebeugte Gattin: Anna Steeb geb. Maß mit ihren Kindern Erwin und Martha.

Beerdigung Freitag nachmittags 2 Uhr.

Illustrierte Zeitungen Tageszeitungen Zeitschriften

sind stets neu auf Lager in der W. Rieker'schen Buch- u. Schreibwarenhandlung, Altensteig.

